

1912



20. Okt. 1993

Weiterführung der Aufenthaltsregelung für Staatsangehörige von Bosnien-Herzegowina

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 8. Oktober 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens wird

beschlossen:

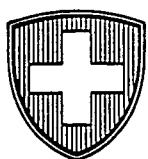
1. Die am 21. April 1993 beschlossene Aufenthaltsregelung für Angehörige von Bosnien-Herzegowina wird bis am 30. April 1994 weitergeführt.
2. Vom Entwurf der für die Aufenthaltsregelung massgebenden gemeinsamen Weisungen des Bundesamtes für Ausländerfragen, des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit und des Bundesamtes für Flüchtlinge an die Kantone wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
3. Der Vorsteher des EJPD wird ermächtigt, die Öffentlichkeit über die Verlängerung der Aufenthaltsregelung für Angehörige aus Bosnien-Herzegowina zu informieren.
4. Sollten die durch die Weiterführung der vorläufigen Aufnahme von Personen aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Kosten nicht innerhalb der Rubrik 415.3500.001 aufgefangen werden können, wird das EJPD ermächtigt, zu deren Deckung ein Nachtragskreditbegehren zu stellen.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
X		EJPD	15	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
		EVED		
	X	BK	5	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Protokollauszug:

*Alfred Müller*





EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 8. Oktober 1993

An den Bundesrat

## **Weiterführung der Aufenthaltsregelung für Staatsangehörige von Bosnien-Herzegowina**

### **1 Ausgangslage**

Am 21. April 1993 beschloss der Bundesrat, alle zu dieser Zeit in der Schweiz anwesenden fürsorgeabhängigen Personen aus Bosnien-Herzegowina gruppenweise vorläufig aufzunehmen. Abgewiesene Asylbewerber mit letztem Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina wurden ebenfalls in die gruppenweise vorläufige Aufnahme miteinbezogen. Alle übrigen Personen aus diesem Staat erhielten eine bis 31. Oktober 1993 befristete Aufenthaltsbewilligung, falls sie nicht der Fürsorge zur Last fielen.

Im Hinblick auf den baldigen Ablauf dieser Frist fand unter dem Vorsitz des Bundesamtes für Ausländerfragen eine Besprechung über die Lage im Konfliktgebiet des ehemaligen Jugoslawien und über die weitere Anwesenheitsregelung dieser Personengruppe in der Schweiz statt. An der Sitzung nahmen Vertreter des Beschwerdedienstes EJPD, des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, des Bundesamtes für Flüchtlinge, des Koordinators für internationale Flüchtlingspolitik EDA, der Eidgenössischen Ausländerkommission sowie der Vereinigung der kantonalen Fremdenpolizeichefs teil. Die Anwesenden waren sich einig, dass aufgrund der kritischen Lage in und um Bosnien-Herzegowina eine Wegweisung und Rückschaffung der sich in der Schweiz aufhaltenden bosnischen Staatsangehörigen zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen ist.

## **2 Lage in Bosnien-Herzegowina**

Die aktuelle Lage in Bosnien-Herzegowina erlaubt - unabhängig von der politischen Entwicklung - während des kommenden Winterhalbjahres noch keine Rückkehr der Vertriebenen, auch wenn im günstigsten Fall im Laufe diese Herbsts eine hoffentlich dauerhafte politische Einigung zwischen den Konfliktparteien erzielt werden kann und damit in dieser Region des ehemaligen Jugoslawiens die Waffen zum Schweigen gebracht werden können. Vorab die muslimische Teilrepublik wird nicht in der Lage sein, einen Zustrom heimkehrender Flüchtlinge zu verkraften. Die Versorgungslage und die Unterkunftssituation sind nach all den gezielten Zerstörungen als Folge der ethnischen Säuberung dermassen schlecht, dass es bereits grosser Anstrengungen bedarf, um die im Land verbliebenen und sich innerhalb des Landes auf der Flucht befindlichen Bosnier zu betreuen. Auch für diese Aufgabe wird die bosnische Regierung weiterhin auf massive internationale Hilfe angewiesen sein.

## **3 Anzahl betroffener Personen**

Am 31. August 1993 hielten sich 272'206 Angehörige aus Ex-Jugoslawien mit einer fremdenpolizeilichen Bewilligung (als Kurzaufenthalter, Saisoniers, Jahresaufenthalter oder Niedergelassene) in der Schweiz auf. Davon hatten 11'359 Personen ihre Aufenthaltsbewilligung im Rahmen der Sonderregelung Bosnien-Herzegowina erhalten. Zudem wurden seit dem 21. April 1993 1'500 Personen, gestützt auf den damaligen Bundesratsbeschluss, vorläufig aufgenommen.

## **4 Weiterführung der Aufenthaltsregelung**

Aufgrund dieser Vorgaben wird dem Bundesrat beantragt, die seit dem 21. April 1993 geltende Aufenthaltsregelung für Personen mit letztem Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina weiterzuführen. Die Unberechenbarkeit des Konflikts einerseits sowie arbeitsmarktliche und soziale Ueberlegungen andererseits sprechen dafür, dass die Dauer einer für alle bosnischen Staatsange-

hörigen geltenden Regelung nicht zu kurz sein soll. Eine allgemeine Verlängerung des Aufenthaltsrechts sämtlicher Personen aus Bosnien-Herzegowina um ein halbes Jahr, d.h. bis am 30. April 1994, scheint deshalb angemessen.

## **5 Rechtliche Grundlagen**

### **5.1 Fremdenpolizeiliche Anwesenheitsbewilligung**

Das beiliegende Kreisschreiben der Bundesämter für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Flüchtlinge und Ausländerfragen umfasst die Weisungen und Empfehlungen an die kantonalen Fremdenpolizei- und Arbeitsmarktbehörden zur weiteren Regelung des Anwesenheitsverhältnisses der Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina, die nicht von der gruppenweisen vorläufigen Aufnahme betroffen sind. Es handelt sich bei diesen Weisungen um eine angepasste Fassung der Weisungen und Empfehlungen der drei Bundesämter vom 21. April 1993.

### **5.2 Vorläufige Aufnahme**

Gestützt auf Artikel 14a Absatz 5 ANAG hat der Bundesrat am 21. April 1993 die gruppenweise vorläufige Aufnahme von Personen aus Bosnien-Herzegowina angeordnet, die der Fürsorge zur Last fallen. Diese Massnahme endet erst mit einem entsprechenden Aufhebungsbeschluss des Bundesrates. Die Modalitäten der gruppenweisen vorläufigen Aufnahme werden in einer Weisung des EJPD vom 21. April 1993 geregelt, die unverändert weiter gilt.

## **6 Finanzielle Auswirkungen**

Der Bundesrat hat in seinem Beschluss vom 21. April 1993 das EJPD (Bundesamt für Flüchtlinge) ermächtigt, zur Deckung der entstehenden Fürsorgeauslagen für die gruppenweise vorläufig aufgenommenen Bosnier für das Jahr 1993 einen Nachtragskredit von 20'000'000 Franken zu beantragen und für das Jahr 1994 den im Voranschlag eingestellten Kredit um ebenfalls

20'000'000 Franken zu erhöhen. Damit sind die entstehenden Fürsorgekosten der insgesamt etwa 1'500 vorläufig aufgenommenen Bosnier bis April 1994 gedeckt. Aufgrund der ungünstigen Wirtschaftslage ist indessen damit zu rechnen, dass die Zahl der in der Schweiz weilenden fürsorgeabhängigen Bosnier im Winterhalbjahr zunehmen wird und die Kantone somit vermehrt Anträge um vorläufige Aufnahme von Bosniern stellen werden. Sollte dies zu massiven Mehrkosten für das Bundesamt für Flüchtlinge führen, behält sich das EJPD vor, 1994 zu deren Deckung ein Nachtragskreditbegehren zu stellen.

## 7 Aemterkonsultation

Im Rahmen der Aemterkonsultation wurden der Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik, die Direktion für Völkerrecht, die Direktion für Verwaltungsangelegenheiten/Aussendienst und die Politische Abteilung I (EDA), das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (EVD), die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFD) und die Bundeskanzlei begrüsst. Den Anregungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung wurde Rechnung getragen.

## 8 Antrag

Wir beantragen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ-  
UND POLIZEIDEPARTEMENT



### Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Entwurf des Kreisschreibens BFA/BIGA/BFF

**Zum Mitbericht an:**

EDA, EVD, EFD

**Protokollauszug:**

- EJPD, 15
- EDA, 4 (Koordinator für int. Flüchtlingspolitik, DV, DVA, PA I)
- EVD, 3 (BIGA)
- EFD, 3 (EFV)
- BK, 3

**Weiterführung der Aufenthaltsregelung für Staatsangehörige von Bosnien-Herzegowina**

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 8. Oktober 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens wird

**beschlossen:**

1. Die am 21. April 1993 beschlossene Aufenthaltsregelung für Angehörige von Bosnien-Herzegowina wird bis am 30. April 1994 weitergeführt.
2. Vom Entwurf der für die Aufenthaltsregelung massgebenden gemeinsamen Weisungen des Bundesamtes für Ausländerfragen, des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit und des Bundesamtes für Flüchtlinge an die Kantone wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
3. Der Vorsteher des EJPD wird ermächtigt, die Öffentlichkeit über die Verlängerung der Aufenthaltsregelung für Angehörige aus Bosnien-Herzegowina zu informieren.

Für getreuen Protokollauszug:

**BUNDESAMT FUER  
AUSLAENDERFRAGEN**

**BUNDESAMT FUER  
FLUECHTLINGE**

**BUNDESAMT FUER INDUSTRIE  
GEWERBE UND ARBEIT**

---

S 140-620  
Asyl 52.4.2

3003 Bern, 20. Oktober 1993

An die Fremdenpolizeibehörden der Kantone  
An die kantonalen Arbeitsämter

---

## **Personen mit letztem Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina Aufenthaltsregelung und Neueinreisen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Unter dem Vorsitz des Bundesamts für Ausländerfragen haben sich Vertreter des Koordinators für internationale Flüchtlingspolitik (EDA), des Beschwerdedienstes des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements, des Bundesamts für Flüchtlinge, der Eidgenössischen Ausländerkommission, des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit, und der Vereinigung der kantonalen Fremdenpolizeichefs über die weitere Aufenthaltsregelung nach dem 31. Oktober 1993 der vorübergehend in der Schweiz wohnhaften Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien, deren letzter Wohnsitz in Bosnien Herzegowina war, beraten.

Trotz der gegenwärtigen Entwicklung in Bosnien-Herzegowina, die eine gewisse Hoffnung auf eine Normalisierung der Lage weckt, haben die Teilnehmer - auch im Hinblick auf den nahenden Winter - feststellen müssen, dass eine Wegweisung dieser Ausländer nicht in Betracht gezogen werden kann.

Aus diesem Grund, und gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 20. Oktober 1993, erlassen wir folgende Weisungen und Empfehlungen:



## 1 GELTUNGSBEREICH

Die vorliegenden Weisungen und Empfehlungen sind nur anwendbar für Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien, deren letzter oder aktueller Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina liegt, und

- \* eine befristete Aufenthaltsbewilligung (Ausweis L) gemäss Weisungen und Empfehlungen vom 21. April 1993 erhalten haben;
- \* nach Ablauf ihres Visums den Besuchsaufenthalt bei ihrer Familie in der Schweiz verlängern;
- \* deren Saisonbewilligung ausläuft;
- \* deren ordentliche Kurzaufenthalterbewilligung (Art. 20 BVO) oder deren Bewilligung nach Artikel 13, Buchstabe d, ausläuft.

Massgebend ist der im Pass eingetragene Wohnort, der in den Meistertabellen des ZAR (Tabelle YUBOS) überprüft werden kann.

Dagegen gelten für die Staatsangehörigen von Slowenien, Kroatien, Mazedonien und Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit letztem Wohnsitz in ihrem jeweiligen Heimatland, die allgemeinen Bestimmungen und Weisungen.

Diese gelten auch für Staatsangehörige von Bosnien-Herzegowina, deren Wohnsitz nicht in ihrem Heimatland liegt, sofern sie nicht bereits im Besitz einer Bewilligung im Rahmen der Aktion "Bosnien-Herzegowina" sind oder vorläufig aufgenommen wurden.

Die allgemeinen Bestimmungen und Weisungen sind auch anzuwenden, wenn der weg- oder ausgewiesene Ausländer (einschliesslich Angehörige von Bosnien-Herzegowina) die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder in schwerwiegender Weise verletzt hat.

## 2 ANWESENHEITSREGELUNG

Eine Aufenthaltsregelung kann nur bei den unter Ziffer 1 erwähnten Personen erfolgen, die nicht fürsorgeabhängig sind.

Bei der Ausstellung oder Verlängerung der L-Bewilligung ist dem Ausländer mitzuteilen, dass die Bewilligung mit der Bedingung verbunden ist, dass er nicht fürsorgeabhängig ist.

Bei Eintritt der Fürsorgeabhängigkeit während der Dauer einer laufenden Bewilligung kann diese gemäss Art. 9, Abs. 2, lit. b ANAG widerrufen werden. In diesem Fall kann gleichzeitig beim BFF ein Antrag auf kollektive vorläufige Aufnahme gemäss Weisung des EJPD vom 21. April 1993 (Asyl 52.3.1) gestellt werden.

## **2.1 Saisonniers**

Bei Ablauf der Saisonbewilligung können Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L) bis zum Beginn der neuen Saison, längstens jedoch bis 30. April 1994, ausgestellt werden.

Diesen Saisonniers können im nächsten Jahr wiederum Saisonbewilligungen erteilt werden, sofern sie bereits eine Saisonbewilligung zu Lasten des Kontingents 1992/93 besessen haben.

## **2.2 Besitzer einer Kurzaufenthalterbewilligung (Art. 20 BVO) oder einer Bewilligung gemäss Artikel 13 d BVO**

Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L), gültig bis 30. April 1994, können an Personen erteilt werden, deren Kurzaufenthalterbewilligung (Art. 20 BVO), oder deren Bewilligung gemäss Art. 13 d BVO demnächst abläuft.

## **2.3 Besitzer einer Kurzaufenthalterbewilligung im Rahmen der Aktion "Bosnien-Herzegowina"**

Die Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L), die gemäss den Weisungen vom 21. April 1993 erteilt worden sind, können bis am 30. April 1994 verlängert werden.

## **2.4 Besucher**

Bei Ablauf des Besuchervisums können an Staatsangehörige aus dem ehemaligen Jugoslawien, deren letzter Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina war, und die sich bei Familienangehörigen in der Schweiz aufhalten, Kurzaufenthalterbewilligungen, gültig bis 30. April 1994, erteilt werden.

### 3 VERFAHREN

Die Anwesenheitsregelung für Personen, wie sie in Ziffer 2 beschrieben wurde, sind über das ZAR vorzunehmen. Diesen Ausländern wird ein Ausweis L mit dem Vermerk

**"AKTION BOSNIEN-HERZEGOWINA - GÜLTIG BIS 30. APRIL 1994"**

ausgestellt.

Es sind die folgenden ZulassungsCodes zu verwenden:

für Personen, die unter Ziffer 2.1. erwähnt sind: Code 0419

für Personen, die unter Ziffer 2.2 erwähnt sind: Code 0420

für Personen, die unter Ziffer 2.3 erwähnt sind: gleicher Code wie früher

für Personen, die unter Ziffer 2.4 erwähnt sind: Code 0421

In allen Fällen, die unter Ziffer 2 erwähnt sind, erteilt das BFA eine generelle Zustimmung bis 30. April 1994, auch wenn der Ausländer über kein gültiges heimatliches Ausweispapier verfügt.

Eine Zustimmungsgebühr wird nicht erhoben.

### 4 ANRECHNUNG DES SONDERAUFENTHALTS

Aufenthalte im Rahmen der Aktion "Bosnien-Herzegowina" mit einer Kurzaufenthalterbewilligung (Ausweis L) begründen keinen Anspruch auf Aufenthalt, Erwerbstätigkeit und Niederlassung.

Hingegen werden Aufenthalte, die unter Belastung des Saisonierkontingents bewilligt wurden, bei der Umwandlung der Saison- in eine Jahresbewilligung berücksichtigt.

## **5 GRUPPENWEISE VORLAEUFIGE AUFNAHME**

Die zurzeit in der Schweiz anwesenden Personen mit letztem Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina, die der Fürsorge zur Last fallen und denen keine L-Bewilligung ausgestellt bzw. diese widerrufen wird, werden gemäss Beschluss des Bundesrates vom 21. April 1993 gruppenweise vorläufig aufgenommen. Das Verfahren wird in der Weisung des EJPD vom 21. April 1993 (Asyl 52.3.1) geregelt.

## **6 ASYLBEWERBER**

Abgewiesene Asylbewerber mit letztem dauerhaftem Wohnsitz in der Republik Bosnien-Herzegowina, welche die Flüchtlingseigenschaft nicht erfüllen, werden gemäss Bundesratsbeschluss vom 21. April 1993 in die gruppenweise vorläufige Aufnahme miteinbezogen. Massgebend für die Umsetzung dieses Bundesratsbeschlusses ist die Weisung des EJPD vom 21. April 1993 (Asyl 52.3.1).

Asylbewerber aus dem restlichen Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawien, deren Asylverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist und für die das Bundesamt für Flüchtlinge die Wegweisung verfügt hat, müssen die Schweiz innerhalb der ihnen angesetzten Ausreisefrist und unter Androhung der zwangsweisen Ausschaffung im Unterlassungsfall verlassen.

## **7 ARBEITSMARKTLICHE VORSCHRIFTEN**

### **7.1 Erwerbstätigkeit von Saisoniers, Kurzaufenthaltern und kurzfristigen Erwerbstätigen nach Art. 13 d BVO**

Rechtmässig anwesende Saisoniers, Kurzaufenthalter und kurzfristig Erwerbstätige nach Art. 13 d BVO, deren Aufenthalt gemäss Ziffern 2.1, 2.2 und 2.3 bis zum 30. April 1994 verlängert wird, können während dieser Zeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Grundsätzlich ist Weiterbeschäftigung beim bisherigen Arbeitgeber anzustreben.

### **7.2 Erwerbstätigkeit anderer Personen**

Alle übrigen Personen (Besucher, Touristen etc.), deren Anwesenheit bis am 30. April 1994 bewilligt wird, sind nicht zur Erwerbstätigkeit berechtigt.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen von Art. 14 c, Absatz 3 ANAG über die Bewilligung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit an vorläufig aufgenommene Personen.

### **7.3 Stellenwechsel**

Wenn eine Weiterbeschäftigung der in Ziffer 7.1 erwähnten Personen beim bisherigen Arbeitgeber nicht möglich ist, kann ein Stellenwechsel nach Art. 29 Abs. 3 BVO bewilligt werden. Vorbehalten bleibt die Regelung über den Vorrang inländischer Arbeitnehmer nach Art. 7 BVO sowie die vorgängige Stellungnahme nach Art. 43 BVO.

### **7.4 Arbeitslosenversicherung**

Arbeitnehmer, deren Aufenthaltsbewilligung im Rahmen dieses Kreisschreibens bis am 30. April 1994 verlängert worden ist und die nun arbeitslos werden, gelten während der Dauer der Arbeitsbewilligung als vermittlungsfähig.

Sofern sie in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosigkeit sechs Beitragsmonate vorweisen sowie die übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, sind sie innerhalb der Dauer der Bewilligung "Aktion Bosnien-Herzegowina" zum Bezug von Arbeitslosenentschädigung berechtigt.

### **7.5 Wiedereinreisen**

Für Wiedereinreisen von Arbeitnehmern aus Bosnien-Herzegowina bzw. aus dem ehemaligen Jugoslawien gelten die allgemeinen restriktiven Weisungen des BFA/BIGA vom 21. Juli 1993.

Demzufolge können Saisonbewilligungen (Bewilligung A) im neuen Kontingentsjahr ab dem 1. November 1993 nur noch denjenigen Arbeitnehmern erteilt werden, die bereits zu Lasten der Kontingentsperiode 1992/93 mit einer Saisonbewilligung nach Art. 18/19 BVO rechtmässig erwerbstätig waren.

Eine weiter zurückliegende Saisonbewilligung berechtigt somit nicht zu einer Wiedereinreise. Keine neue Aufenthaltsbewilligung erhalten ebenfalls Personen, die gegebenenfalls auch im laufenden Jahr bereits eine Bewilligung als Kurzaufenthalter oder kurzfristig Erwerbstätige hatten.

## 7.6 Neue Bewilligungen

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 23. September 1991 können grundsätzlich keine Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit mehr an Staatsangehörige aus Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro) erteilt werden. Abweichungen von diesem Grundsatz sind nur noch in strikten Ausnahmesituationen und für besonders qualifizierte Arbeitskräfte nach Art. 8, Abs. 2 BVO in Einzelfällen möglich.

## 8 VISUMERTEILUNG

Für die Visumerteilung sind das Kreisschreiben des EJPD vom 1. Juli 1992 über die Visumpolitik und -praxis gegenüber Kriegsoptionen aus Bosnien-Herzegowina (Asyl 52.4.1) sowie das Rundschreiben des BFA vom 10. Juli 1992 massgebend. Dieses wird der aktuellen Situation angepasst werden.

## 9 DESERTEURE UND REFRAKTAERE / KINDER- UND ZUGSAKTION

Die Anwesenheitsregelung dieser gruppenweise vorläufig aufgenommenen Personen erfolgt gemäss der Weisung des EJPD vom 21. April 1993 (Asyl 52.3.1).

## 10 AUFHEBUNG FRUEHERER WEISUNGEN

Das Kreisschreiben vom 21. April 1993 ist aufgehoben und wird durch das vorliegende ersetzt.

Mit freundlichen Grüssen

**BUNDESAMT FUER  
AUSLAENDERFRAGEN**

Der Direktor

A. Hunziker

**BUNDESAMT FUER  
FLUECHTLINGE**

Der Direktor

U. Scheidegger

**BUNDESAMT FUER INDUSTRIE  
GEWERBE UND ARBEIT**

Der Direktor

J.-L. Nordmann

**Kopie z.K:**

- Polizeidirektionen der Kantone
- Fürsorgedirektionen der Kantone
- Politische Direktion EDA
- Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik EDA
- Direktion für Völkerrecht EDA
- Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst EDA
- GS EJPD
- Informations- und Pressedienst EJPD
- GS EVD
- Informations- und Pressedienst EVD
- Bundesamt für Aussenwirtschaft
- Schweizerische Vertretungen in Belgrad, Zagreb, Wien, Bregenz und Venedig

OFFICE FEDERAL  
DES ETRANGERS

OFFICE FEDERAL  
DES REFUGIES

OFFICE FEDERAL DE  
L'INDUSTRIE, DES ARTS  
ET METIERS ET DU TRAVAIL

---

S 140-620  
Asile 52.4.2

Berne, le 20 octobre 1993

Aux polices cantonales des étrangers  
Aux offices cantonaux de l'emploi

---

## Règlement des conditions de séjour des personnes provenant de la Bosnie- Herzégovine

---

Mesdames, Messieurs,

Sous la direction de l'Office fédéral des étrangers, des représentants du Coordinateur en matière de politique internationale des réfugiés (DFAE), du Service des recours du Département fédéral de justice et police, de l'Office fédéral des réfugiés, de la Commission fédérale des étrangers, de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail et de l'Association suisse des chefs des polices cantonales des étrangers se sont penchés sur la question du règlement, au-delà du 31 octobre 1993, des conditions de séjour des ressortissants de l'ex-Yougoslavie dont le dernier domicile était situé en Bosnie-Herzégovine admis temporairement en Suisse.

En dépit du développement actuel de la situation en Bosnie-Herzégovine qui laisse apparaître certains espoirs de normalisation, les participants à cette réunion ont dû convenir que le renvoi, à l'approche de l'hiver, de ces étrangers n'entre pas en considération pour l'instant.

Par conséquent, compte tenu de ce qui précède et de la décision du Conseil fédéral du 20 octobre 1993, nous édictons les directives et recommandations suivantes:



## 1. Champ d'application

Les présentes directives et recommandations ne s'appliquent qu'aux ressortissants de l'ex-Yougoslavie dont le dernier domicile ou le domicile actuel se situe en Bosnie-Herzégovine, qui:

- \* ont obtenu une autorisation de durée limitée (permis L) accordée conformément aux directives et recommandations émises le 21 avril 1993;

- \* poursuivent, à l'échéance de leur visa, leur séjour en Suisse auprès de membres de leur famille;

- \* arrivent au terme de leur autorisation saisonnière;

- \* arrivent à l'échéance de leur autorisation ordinaire de courte durée (art. 20 OLE) ou de leur autorisation délivrée en application de l'article 13, lettre d OLE.

Le domicile indiqué dans le passeport fait foi. La table maîtresse YUBOS du RCE permet d'effectuer les vérifications en la matière.

En revanche, les ressortissants de la Slovénie, de la Croatie, de la Macédoine et du reste de la Yougoslavie (Serbie et Monténégro), domiciliés en dernier lieu dans leur pays respectif, sont soumis aux dispositions et directives générales en vigueur.

Dans la mesure où ils ne sont pas au bénéfice d'une autorisation de séjour accordée dans le cadre de l'action "Bosnie-Herzégovine" ou d'une admission provisoire, les ressortissants bosniaques domiciliés hors de leur pays sont également soumis aux dispositions et directives générales en vigueur.

Sont aussi soumis aux dispositions ordinaires, tous les ressortissants de l'ex-Yougoslavie (y compris ceux dont le dernier domicile se situe en Bosnie-Herzégovine) faisant l'objet d'un renvoi ou d'une mesure d'expulsion qui compromettent l'ordre ou la sécurité publics ou qui y ont gravement porté atteinte.

## 2. Règlement des conditions de séjour

Le règlement des conditions de séjour des personnes mentionnées au chiffre 1 ne peut se faire que dans la mesure où elles ne sont pas à la charge de l'assistance.

Lors de la délivrance ou de la prolongation d'une autorisation de durée limitée (permis L), l'étranger doit être informé que son autorisation de séjour est liée à la condition qu'il ne soit pas dépendant de l'assistance.

S'il tombe à la charge de l'assistance pendant la durée de validité de son autorisation, cette dernière peut être révoquée conformément à l'article 9, alinéa 2, lettre b LSEE. Une demande d'admission provisoire collective peut, dans ce cas, être adressée simultanément à l'Office fédéral des réfugiés conformément aux directives du Département fédéral de justice et police du 21 avril 1993 (Asile 52.3.1).

### 2.1 Saisonniers

Au terme de la saison, des autorisations de courte durée (permis L), valables jusqu'au début de la prochaine saison, mais au plus tard jusqu'au 30 avril 1994, peuvent être accordées aux travailleurs saisonniers.

Ces derniers, dans la mesure où ils ont obtenu une autorisation saisonnière prélevée sur le contingent 1992/93, pourront être remis au bénéfice d'une autorisation saisonnière au début de la prochaine saison.

### 2.2 Titulaires d'autorisations de courte durée (art. 20 OLE) ou d'autorisations délivrées en application de l'article 13, lettre d OLE

Des autorisations de courte durée (permis L), valables jusqu'au 30 avril 1994, peuvent être accordées aux personnes dont l'autorisation de courte durée (art. 20 OLE) ou l'autorisation de séjour accordée en application de l'article 13, lettre d OLE arrive prochainement à échéance.

### 2.3 Titulaires d'autorisations de courte durée accordées dans le cadre de l'action "Bosnie-Herzégovine"

Les autorisations de séjour de courte durée (permis L) accordées conformément aux directives et recommandations du 21 avril 1993 peuvent être prolongées jusqu'au 30 avril 1994.

### 2.4 Visiteurs

A l'échéance de leur visa, des autorisations de courte durée, valables jusqu'au 30 avril 1994, peuvent être accordées aux ressortissants de l'ex-Yougoslavie, domiciliés en dernier lieu en Bosnie-Herzégovine, qui séjournent en Suisse auprès de membres de leur famille ou de tierces personnes.

### 3. Procédure

Les conditions de séjour des personnes décrites au chiffre 2 doivent être réglées au moyen du RCE. Elles recevront un livret L comportant la remarque suivante:

**"ACTION BOSNIE-HERZEGOVINE - VALABLE JUSQU'AU 30 AVRIL 1994"**

Les codes d'admission suivants seront utilisés:

- pour les personnes mentionnées au chiffre 2.1: code 0419
- pour les personnes mentionnées au chiffre 2.2: code 0420
- pour les personnes mentionnées au chiffre 2.3: même code que précédemment
- pour les personnes mentionnées au chiffre 2.4: code 0421

L'Office fédéral des étrangers donne une approbation générale jusqu'au 30 avril 1994 pour toutes les personnes mentionnées au chiffre 2, même si certaines d'entre elles ne possèdent pas de document de voyage national valable.

Aucune taxe d'approbation n'est perçue.

#### 4. Prise en compte des séjours effectués

Les séjours passés dans le cadre de l'action "Bosnie-Herzégovine" sous le couvert d'une autorisation de courte durée (permis L) ne confèrent aucun droit en matière de séjour, de travail et d'établissement.

En revanche, les séjours effectués sous le couvert d'une autorisation prélevée sur le contingent saisonnier sont pris en compte lors de la transformation du statut saisonnier.

#### 5. Admission provisoire collective

Les personnes domiciliées en dernier lieu en Bosnie-Herzégovine, actuellement en Suisse, qui tombent à la charge de l'assistance publique et qui ne remplissent pas les conditions pour obtenir une autorisation de séjour de durée limitée ou dont l'autorisation de séjour est révoquée pourront faire l'objet d'une admission provisoire collective conformément à l'Arrêté du Conseil fédéral du 21 avril 1993. Pour la procédure, il y a lieu de se référer à la directive du Département fédéral de justice et police du 21 avril 1993 (Asile 52.3.1).

#### 6. Demandeurs d'asile

Les demandeurs d'asile déboutés qui avaient leur dernier domicile régulier en Bosnie-Herzégovine feront l'objet d'une admission provisoire collective conformément à l'Arrêté du Conseil fédéral du 21 avril 1993 si la qualité de réfugié ne leur est pas reconnue. Les modalités d'application de cet arrêté fédéral sont définies dans la directive du Département fédéral de justice et police du 21 avril 1993 (Asile 52.3.1).

Les autres demandeurs d'asile provenant du reste de la Yougoslavie dont la procédure d'asile est définitivement close et qui font l'objet d'une décision de renvoi de l'Office fédéral des réfugiés sont tenus de quitter la Suisse dans le délai imparti sous peine d'être refoulés de force en cas de non-respect de cette décision.

## 7. Prescriptions relatives au marché du travail

### 7.1 Autorisations saisonnières, de courte durée ou délivrées en application de l'article 13, lettre d OLE

Les saisonniers, les titulaires d'une autorisation de courte durée ou d'une autorisation délivrée en application de l'article 13, lettre d OLE qui se trouvent actuellement en Suisse et dont l'autorisation de séjour sera prolongée jusqu'au 30 avril 1994 conformément aux chiffres 2.1, 2.2 et 2.3 de la présente circulaire, pourront être autorisés à poursuivre leur activité jusqu'à la date précitée. En principe, il faudra s'efforcer de maintenir ces personnes auprès du même employeur.

### 7.2 Activité lucrative d'autres personnes

Les autres personnes dont la présence en Suisse a été autorisée jusqu'au 30 avril 1994 (visiteurs, touristes, etc.) ne seront pas autorisées à exercer une activité lucrative.

Sont réservées les dispositions de l'article 14c, 3ème alinéa LSEE en ce qui concerne l'exercice d'une activité dépendante des personnes faisant l'objet d'une admission provisoire.

### 7.3 Changement de place

Un changement de place en application de l'article 29, 3ème alinéa OLE pourra être autorisé pour les personnes mentionnées au chiffre 7.1 si la poursuite de l'activité lucrative auprès de leur employeur n'est plus possible. Les dispositions de l'article 7 OLE relatives à la priorité des travailleurs indigènes et de l'article 43 OLE (avis en matière d'autorisation) demeurent réservées.

### 7.4 Assurance-chômage

Les travailleurs dont l'autorisation de séjour a été prolongée jusqu'au 30 avril 1994 conformément à la présente

circulaire seront considérés comme aptes au placement jusqu'à cette date s'ils tombent au chômage.

S'ils peuvent prouver six mois de cotisation au cours des deux années ayant précédé le chômage et s'ils remplissent par ailleurs les autres conditions en la matière, ils pourront bénéficier des prestations de l'assurance-chômage pendant la durée de l'autorisation spéciale délivrée dans le cadre de l'action "Bosnie-Herzégovine".

### 7.5 Retour en Suisse

D'une manière générale, les travailleurs de la Slovénie, de la Croatie, de la Bosnie-Herzégovine, de la Macédoine et du reste de la Yougoslavie (Serbie et Monténégro) qui veulent revenir travailler en Suisse sont soumis aux dispositions restrictives de la circulaire OFIAMT/OFE du 21 juillet 1993.

Par conséquent, pour la nouvelle période de contingentement débutant le 1er novembre 1993, des autorisations saisonnières (permis A) ne peuvent être délivrées qu'aux travailleurs qui ont déjà travaillé en Suisse avec une autorisation saisonnière au sens des articles 18/19 OLE imputée sur le contingent 1992/93.

Une saison effectuée durant la période de contingentement 1991/92 ou antérieurement ne donne donc pas la possibilité au saisonnier de revenir. En outre, il ne sera pas délivré d'autorisations saisonnières aux personnes ayant obtenu précédemment une autorisation de courte durée ou en application de l'article 13, lettre d OLE.

### 7.6 Autorisations de séjour pour une première prise d'emploi

Conformément à la décision du Conseil fédéral du 23 septembre 1991, il ne sera, en principe, plus accordé de nouvelle autorisation de séjour pour exercer une activité lucrative aux ressortissants de la Slovénie, de la Croatie, de la Bosnie-Herzégovine, de la Macédoine et du reste de la Yougoslavie (Serbie et Monténégro). Des dérogations ne sont possibles que dans des situations tout à fait

exceptionnelles et pour des travailleurs possédant de hautes qualifications professionnelles.

#### 8. Octroi de visas

La question de l'octroi des visas est réglée par la circulaire du DFJP du 1er juillet 1992 intitulée "Politique et pratique en matière de visas à l'égard des victimes de la guerre en Bosnie-Herzégovine" (Asile 52.4.1) ainsi que par la circulaire d'application de l'OFE du 10 juillet 1992. Cette dernière fera l'objet d'une adaptation à la situation actuelle.

#### 9. Déserteurs et réfractaires. Actions spéciales en faveur d'enfants et de personnes bloquées dans les trains

La directive du DFJP du 21 avril 1993 (Asile 52.3.1) donne tous renseignements utiles sur le règlement des conditions de séjour de ces personnes qui font l'objet d'une admission provisoire collective.

#### 10. Annulation des anciennes directives

La présente circulaire annule et remplace celle du 21 avril 1993.

Nous vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, l'assurance de notre considération distinguée.

OFFICE FEDERAL  
DES ETRANGERS

Le directeur

A. Hunziker

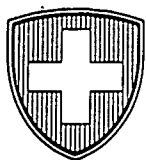
OFFICE FEDERAL  
DES REFUGIES

Le directeur

U. Scheidegger

OFFICE FEDERAL DE  
L'INDUSTRIE, DES ARTS  
ET METIERS ET DU TRAVAIL  
Le directeur

J.-L. Nordmann



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

771.35

3003 Bern, den 19. Oktober 1993

An den Bundesrat

Weiterführung der Aufenthaltsregelung für Staatsangehörige  
von Bosnien-Herzegowina

M i t b e r i c h t

zum Antrag des EJPD vom 8. Oktober 1993

Wir sind mit dem Antrag einverstanden, beantragen aber,  
das Beschlussdispositiv wie folgt zu ergänzen:

4. Sollten die durch die vorläufige Aufnahme von Personen aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Kosten nicht innerhalb der Rubrik 415.3500.001 aufgefangen werden können, sind diese innerhalb des Budgets des Bundesamts für Flüchtlinge bzw. des EJPD zu kompensieren.

Begründung:

Wie in Kapitel 6 des Antrags richtig ausgeführt wird, hat der Bundesrat mit seinem Beschluss vom 21. April 1993 das EJPD (BFF) ermächtigt, mit Nachtrag II/1993 und mit dem Budget 1994 je 20 Millionen Franken für die Finanzierung der gruppenweisen vorläufigen Aufnahme von Personen aus Bosnien-Herzegowina anzubegehren. Im Budget 1994 wurden aber keine Mittel für die vorläufige Aufnahme von Bosniern eingestellt.



Die Rubrik für die Rückerstattung von Fürsorgeauslagen von vorläufig Aufgenommenen (415.3500.002) wird ab 1994 in die entsprechende Rubrik für Asylbewerber (415.3500.001) integriert. Dies, weil vorläufig Aufgenommene auch in Asylbewerberstrukturen untergebracht sind und abrechnungstechnisch nicht ausgeschieden werden können.

Durch die Zusammenlegung dieser beiden Rubriken sollten die durch die vorläufige Aufnahme von Bosniern 1994 verursachten Kosten aus den Mitteln für die Rückerstattung von Fürsorgeauslagen von Asylbewerbern gedeckt werden können. Sollte dies aber nicht der Fall sein, müssten die Mittel innerhalb des BFF bzw. des EJPD kompensiert werden.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

*Shu*

Stich



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 19. Oktober 1993

An den Bundesrat

**Weiterführung der Aufenthaltsregelung für Staatsangehörige von Bosnien**

**Stellungnahme**

zum Mitbericht des EFD vom 19. Oktober 1993.

Wir sind mit der Ergänzung des vom EFD vorgeschlagenen Beschlussdispositivs *nicht einverstanden* und beantragen folgende Fassung:

4. Sollten die durch die Weiterführung der vorläufigen Aufnahme von Personen aus Bosnien-Herzegowina anfallenden Kosten nicht innerhalb der Rubrik 415.3500.001 aufgefangen werden können, wird das EJPD ermächtigt, zu deren Deckung ein Nachtragskreditbegehren zu stellen.

Begründung:

Aufgrund der ungünstigen Wirtschaftslage und der unsicheren Situation in Bosnien kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zahl der in der Schweiz weilenden fürsorgeabhängigen Bosnier im Winterhalbjahr noch weiter zunehmen wird und die Kantone somit vermehrt Anträge um vorläufige Aufnahme von Bosniern stellen werden. Damit hätten wir zusätzliche, über die budgetierten 20 Mio. hinausgehende Aufwendungen. Weitere Kompensationsmöglichkeiten sind weder im Budget des Bundesamtes für Flüchtlinge, noch in anderen Aemtern des EJPD vorhanden. Somit verbleibt für diesen Fall nur die Ermächtigung auf einen entsprechenden Nachtragskreditantrag im Jahre 1994.

EIDG. JUSTIZ-UND  
 POLIZEIDEPARTEMENT

*A. Koll*